

Bildungspolitik im Wandel:

Schule - Hochschule - Berufsbildung - Weiterbildung

XXI. dfi-Jahrestagung vom 23. bis 25. Juni 2005 in Ludwigsburg

Erziehung, Bildung, die Arbeitswelt und die Wirtschaft formen den Menschen, auch als Staatsbürger. Ein Schlüsselbereich, die Bildung, stand im Mittelpunkt der XXI. Jahrestagung des Deutsch-Französischen Instituts (dfi), die diesmal gemeinsam mit der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) ausgerichtet wurde. Zum Thema „Bildungspolitik im Wandel: Schule - Hochschule - Berufsbildung - Weiterbildung“ waren hochkarätige Referenten und rund 70 Gäste aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik nach Ludwigsburg gekommen. Unter ihnen Antoine **Durrleman**, Direktor der französischen Elitehochschule ENA, Dr. Guy **Haug** von der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission, Prof. Albert **Hamm**, Präsident der DFH, Dominique **Raulin**, Generalsekretär des „Conseil national des programmes“ im französischen Bildungsministerium und Dr. Christof **Eichert**, Themenfeldleiter Bildung der Bertelsmann Stiftung.

Ausgangspunkt des Kolloquiums war folgende Überlegung: Wenn sich Wirtschaft und Gesellschaft im Zuge der europäischen Einigung, des Zusammenbruchs des kommunistischen Machtblocks und der Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologien grundlegend ändern, können die Bildungssysteme davon nicht unberührt bleiben. Bildung wird dabei als „die Summe von Werten, Kompetenzen, Haltungen und Wissen eines Menschen verstanden, die er benötigt, um in einer sich ständig wandelnden Welt angemessene Entscheidungen treffen zu können“ (Dr. Eichert), als ein „Bereich gesellschaftlicher und politischer Verantwortung, bei dem in Frankreich immer auch die Grundwerte der Republik – unter dem Gesichtspunkt der égalité – zu diskutieren sind“ (Prof. Baasner).

Was derartige Veränderungen für die französischen Bildungsminister bedeuten, schilderte Generalsekretär Raulin so: Die langjährige Gewissheit, dass es ausreichend sein könnte, in den Schulen Lesen, Schreiben, Rechnen und Kenntnisse über große Persönlichkeiten zu vermitteln, ist in Frankreich nach der ersten Ölkrise von 1974 verloren gegangen. Neu dabei war die Schlussfolgerung, die allgemein gezogen wurde: Es ist nicht die Wirtschaft, die schlecht funktioniert, sondern die Schulen und Hochschulen bilden schlecht aus und halten keine Antworten für eine sich ändernde Gesellschaft bereit. 1985 legte eine Kommission des Collège de France dem Präsidenten der Republik einen umfassenden Bericht vor, der das Bildungssystem nun auch offiziell als „veraltet“ bezeichnete und zu einem „Öffnen der Fenster“ aufforderte.

Was war passiert? Die Einigung auf europäischer Ebene war fortgeschritten. Seit Beginn der 70er Jahre hatte zudem eine Öffnung gegenüber den Staaten des kommunistischen Machtblocks stattgefunden. Die KSZE-Akte von Helsinki schrieb 1975 die Freiheit der Information über den Eisernen Vorhang hinweg fest. Mit der „Charta 77“ wurde eine intellektuelle Opposition in Mitteleuropa sichtbar. Begleitet wurde die Entwicklung durch eine verstärkte Kooperation zwischen den Universitäten, durch einen Austausch von Studierenden und Nachwuchswissenschaftlern. In den 90er Jahren entstanden daraus international agierende wissenschaftliche Netzwerke, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die Teilung Europas durch den Beitritt von acht mitteleuropäischen Staaten (plus Zypern und Malta) überwunden werden konnte. In der Folge sprachen Politik und Wirtschaft von Bildungsstandorten und fragten nach deren Wettbewerbsfähigkeit. Sie forderten eine Internationalisierung der Hochschulbildung und ein Sich-Positionieren auf einem Bildungsmarkt, der weltweit um die besten Studierenden und Forscher wirbt.

Eine französische Antwort auf diese Entwicklungen ist die Gründung des „Haut conseil de L'Education“ im Jahr 2004. Es handelt sich um eine neunköpfige Versammlung hochkarätiger Fachleute, die von den höchsten Repräsentanten des Staates berufen werden. Ihren Auftrag beschreibt Generalsekretär Raulin so: Sie verkörpern Prestige, Autorität und Legitimität. Sie sollen die Politik und die Bildungspolitiker in die Lage versetzen, unter mehreren (begründeten) Entscheidungsvorschlägen auswählen zu können.

Was ist das Ziel - auf europäischer Ebene? Guy Haug zitiert dazu die Lissabon-Strategie, die die Staatschefs der Europäischen Union im März 2000 mit Blick auf 2010 beschlossen hatten:

„Devenir l'économie de la connaissance la plus compétitive et la plus dynamique du monde, capable d'une croissance économique durable accompagnée d'une amélioration quantitative et qualitative de l'emploi et d'une grande cohésion sociale“. [Ziel der Europäischen Union ist es, zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ zu werden - „einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren Zusammenhalt zu erzielen“.]

Flankiert wird diese Wachstumsstrategie der EU von dem Mitte der 90er Jahre beginnenden Bologna-Prozess. Für Guy Haug zielt dieser auf die Hochschulbildung, auf die Schaffung von gemeinsamen Strukturen im europäischen Hochschulsystem. Damit soll die Kompatibilität im Inneren erweitert und die Attraktivität nach außen erhöht werden. Wobei Haug ausdrücklich feststellt, dass es nicht darum gehe, die nationalen Hochschulsysteme zu zerstören, sondern diese bewusst zu erhalten und an neue Gegebenheiten anzupassen. Felder einer solchen Gemeinsamkeit sind binationale Studiengänge mit Doppeldiplom, ein ECTS-Punktesystem, das es erlaubt, an unterschiedlichen Studienorten erbrachte Studienleistungen anzurechnen und ein „diploma supplement“, das Studienabschlüsse vergleichbar macht.

Ein gemeinsamer deutsch-französischer Ort für solche Vorhaben ist die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) mit Sitz in Saarbrücken. Die DFH wurde 1997 durch einen Staatsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich („Weimarer Abkommen“) gegründet und hat ihre Arbeit 1999 aufgenommen. Vorausgegangen war eine knapp zwölfjährige Pilotphase im Rahmen der Deutsch-Französischen Hochschulkollegs (DFHK), mit der das schwierige Feld der Schaffung gemeinsamer Studiengänge beackert worden war.

Die Arbeit der DFH wurde von ihrem Präsidenten Prof. Albert Hamm vorgestellt: Sie hat derzeit 4300 Studierende in 109 integrierten binationalen und 12 trinationalen Studiengängen. Über 1000 Doktoranden und Nachwuchswissenschaftler konnten seit 1999 gefördert werden. 140 Partnerhochschulen in Deutschland und Frankreich tragen die DFH. Prof. Hamm betrachtet sie als Observatorium, das die Möglichkeit bietet, zwei Systeme (hinsichtlich der Sprache, der Kultur, der Ausbildung, der Verwaltung) im Alltag zu erleben und deren Chancen und Möglichkeiten auszuloten. Im Mittelpunkt stehen dabei die gemeinsamen Studiengänge, die mit einem Doppeldiplom enden, die Beherrschung von zwei Sprachen voraussetzen und neben dem Fachwissen auf die Vermittlung interkultureller Kompetenz setzen. Für Prof. Hamm ist die DFH eine „Plattform des Dialogs“, ein „place de convergence“ der Hochschulpolitik.

Als „école de gouvernance“, in der (erneut) die Modernisierung Europas im Bereich der staatlichen Verwaltung vorgedacht und vorbereitet wird, versteht sich die französische Elitehochschule Ecole Nationale d'Administration (ENA), die de Gaulle 1945 gegründet hatte. Direktor Durrleman stellte ein Reformkonzept vor, mit dem die ENA angesichts veränderter Rahmenbedingungen künftig die Akteure der staatlichen Administration ausbilden wird. Diese werden auf nationaler und auf internationaler Eben wirken können und darüber hinaus in der Lage sein, im jeweils gegebenen Kontext zu handeln, zu vermitteln und zu einvernehmlichen Lösungen zu finden. Dabei

ist klar, dass der Staat im Zuge der Dezentralisierung der französischen Republik nicht mehr der einzige Akteur ist. Stattdessen tauchen neue Akteure auf, die überzeugt und eingebunden werden müssen.

Ein „Espace européen de connaissance“, eine Europäische Wissensgesellschaft also, mit den Elementen „Forschung und Innovation“, „Bildung und (Berufs-)Ausbildung“, „Hochschulbildung“ und „Lebenslanges Lernen“ schwebt Dr. Guy Haug von der Europäischen Kommission vor, wenn er über den Bologna-Prozess und den bis 2010 angestrebten gemeinsamen Europäischen Hochschulraum spricht. Demgegenüber werden Bildungsziele nach wie vor als „Kernfragen der nationalen Politik und Kernfragen der gesellschaftlichen Entwicklungslinien“ betrachtet, wie Dr. Christof Eichert deutlich machte. Seine Forderung: „Gebt diesem Europa eine Seele“, baut auf einem gemeinschaftlichen Bild von der Gesellschaft und den Menschen auf, das auf „Eigenverantwortung, Freiheit, Solidarität und Wettbewerb“ basiert.